

20 Jahre und keine Hoffnung mehr

von

Heiner Flassbeck

WuM, Oktober 2009

Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer in Berlin schrieb ich die erste Serie von Artikeln für „Wirtschaft und Markt“ und nannte den ersten Artikel „Deutschland im Jahre 10“. Ich war damals empört über die Gleichmütigkeit, mit der die Politiker die fortbestehende wirtschaftliche Teilung hin nahmen und längst zur gesamtdeutschen Tagesordnung übergegangen waren.

Sechzehn Jahre nach der deutschen Vereinigung schrieb ich „16 Jahre und kein bisschen weise“ mit einem ähnlichen Tenor, der bitteren Erkenntnis jedenfalls, dass es immer noch nicht gelungen war, in Ostdeutschland für ein paar Jahre einmal Verhältnisse zu schaffen, die es den Menschen erlauben würde, die soziale Marktwirtschaft als ein wirklich gutes System zu erleben, in dem jeder die Chance erhält (wirklich systematisch erhält und nicht nur Glück hat), seine Fähigkeiten voll zur Geltung zu bringen und wo auch diejenigen, die nur wenige vermarktbar Fähigkeiten besitzen, an dem Erfolg der Gesellschaft teilhaben können.

Nun ist Gesamtdeutschland in der größten wirtschaftlichen Krise seiner jüngeren Geschichte und hat gerade eine Regierung gewählt, die sich auf die Fahnen geschrieben hat (jedenfalls wenn man die Äußerungen ihrer Spitzenpolitiker zum Maßstab nimmt) mit Steuersenkung und Bürokratieabbau die Wirtschaft zu beleben. Das ist originell: Diese Kombination hat seit Helmut Kohl im Jahre 1982 niemand mehr versucht, selbst Helmut Kohl nicht und dessen spätere Regierungsprogramme haben sich sicher nicht durch neuartige Ansätze zur Wirtschaftspolitik ausgezeichnet.

Man darf gespannt sein, ob Ostdeutschland überhaupt noch im neuen Regierungsprogramm auftaucht, von neuen Ideen Deutschland doch noch wirtschaftlich zu vereinigen gar nicht zu sprechen. Das einzige, was die Menschen in Ostdeutschland trösten kann, ist genau dieses neue Regierungsprogramm: Jedenfalls wissen wir jetzt, dass die Ignoranz hinsichtlich der ostdeutschen Probleme nicht an den Ostdeutschen liegt, sondern schlicht an der Tatsache, dass einer neuen Regierung auch gesamtdeutsch überhaupt nichts einfällt außer uralten Kamellen.

Überhaupt, die ganze Vorgehensweise! Es werden also zwei Parteien gewählt, die in der Vergangenheit schon über viele Jahre bewiesen haben, dass ihnen weder hinsichtlich der Vereinigungsproblematik noch hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder der Wachstumsschwäche irgendetwas einfällt, ja deren Programme heute eher noch beliebiger sind als in all den Jahren zuvor. Jetzt ist globale Krise und Deutschland hat den tiefsten Einbruch seiner Geschichte hinter sich. Auch hat man in der Krise

den seit Helmut Kohl 1982 verteuflten Keynesianismus massiv anwenden müssen, um das Schlimmste zu verhindern. Trotzdem kommt niemand auf die Idee, auch nur zu fragen, ob man etwas fundamental anders machen könnte als vorher, ob vielleicht irgend etwas an den alten Konzepten nicht ganz richtig war, wenn das Ergebnis eine solche Krise und die Wiederentdeckung der Nachfrageseite einer Volkswirtschaft ist.

Noch nicht eine Sekunde hat irgendjemand in Berlin daran gedacht, nun einmal eine Nachdenkpause einzulegen (nicht einmal in der SPD), zu fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die besten Köpfe aller Richtungen des Landes einzuladen und so lange in Klausur zu schicken, bis sie mehrere konsistente wirtschaftspolitische Konzepte erarbeitet haben, aus denen dann die neue Regierung dasjenige auswählen kann, von dem sie glaubt, dass es in dieser Lage am ehesten ihren eigenen Vorurteilen entspricht.

Keine Sekunde hat auch irgendjemand darüber nachgedacht, ob die erfolgreiche soziale Marktwirtschaft der ersten zwanzig Jahre nach dem Weltkrieg vielleicht mit der Tatsache zu tun hatte, dass damals die Menschen ganz selbstverständlich immer vollständig an den Erfolgen dieser Marktwirtschaft in Form von höheren Einkommen beteiligt wurden und genau dies seit Beginn der Ära Helmut Kohls systematisch nicht mehr der Fall war.

Ebenfalls kein Gedanke wird daran verschwendet, wie in Deutschland das Exportüberschussmodell verteidigt werden kann, wenn nach der Krise andere Länder nicht mehr so bereitwillig hinnehmen werden, dass sie dauernd Defizite im Außenhandel haben und ihre Auslandsverschuldung dauernd steigt. Das gilt innerhalb und außerhalb der Eurozone, aber besonders dringend ist es natürlich innerhalb, weil es für die Frage, wie die dort aufgelaufenen Ungleichgewichte in den nächsten Jahren verringert werden können, bisher auch nicht die Spur einer Lösung gibt.

Wo alle diese zentralen Fragen vernachlässigt werden, wie sollte man da hoffen, dass es einen Neuanfang für Ostdeutschland gibt. Dabei liegt die zentrale Frage auf der Hand: Wie kann die Region noch einmal, sagen wir für ein Jahrzehnt, so bei staatlichen Maßnahmen bevorzugt behandelt werden, dass es noch einmal zu einem Schub bei produktiven Investitionen kommt und die immer noch bestehende Produktivitätslücke geschlossen werden kann? Nun, man kann es natürlich, wenn man noch einmal stärker als bisher den Standort Ostdeutschland durch steuerliche Regeln wie bessere Abschreibungsbedingungen zum Beispiel bevorzugt. Nur so kann man den Arbeitskräften in Ostdeutschland eine Perspektive geben, auf dass sie in der Region bleiben und die zunehmende wirtschaftliche Versteppung beenden.

Für all das aber braucht man Wissen, Willen, politischen Instinkt und Überzeugungsfähigkeit. Wer auch im Westen nur darauf wartet, dass ein Aufschwung vom Himmel fällt, hat wohl keins davon.